

Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit

Koordination: Werkstatt Ökonomie e.V., Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg
Tel.: 06 221 – 433 36 13, Fax: 06 221 – 433 36 29, klaus.heidel@woek.de

Pressekonferenz 6. Dezember 2007

Medienecho

Stand: 10. Dezember 2007

Agenturen

Deutscher Depeschendienst (ddp)

6. Dezember 2007

Thierse fordert Angleichung der Ost-Löhne

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) fordert eine Angleichung der Ost-Löhne an das West-Niveau. Die Menschen in den neuen Bundesländern verlangten „zurecht“, gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, sagte er bei der Vorstellung des „Jahrbuchs Gerechtigkeit“ am Donnerstag in Berlin. Dies gelte vor allem für die Privatwirtschaft, schränkte er ein. Im öffentlichen Dienst gefährde eine zu schnelle Anpassung des Gehaltsniveaus Arbeitsplätze.

Berlin (ddp). Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) fordert eine Angleichung der Ost-Löhne an das West-Niveau. Die Menschen in den neuen Bundesländern verlangten «zurecht», gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, sagte er bei der Vorstellung des «Jahrbuchs Gerechtigkeit» am Donnerstag in Berlin.

Dies gelte vor allem für die Privatwirtschaft, schränkte er ein. Im öffentlichen Dienst gefährde eine zu schnelle Anpassung des Gehaltsniveaus Arbeitsplätze.

In seinem „Jahrbuch Gerechtigkeit“ mahnt der ökumenische Herausgeberverband aus 31 Kirchen, kirchlichen Werken und Organisationen ein zunehmendes Gefälle zwischen Ost und West an. Zugleich hätten sich die regionalen Ungleichheiten in den neuen Ländern 17 Jahre nach dem Mauerfall wieder verschärft. Nur wenige Regionen zählten zu den Gewinnern, viele zu den Verlierern.

Die Verfasser fordern unter anderem eine bedingte Grundsicherung für Arbeitslose. Einen weiteren Vorschlag, die Mehrwertsteuer für Produkte aus dem Osten zu halbieren, beurteilte Thierse „skeptisch“.

ddp/wld/ade

Evangelischer Pressedienst (epd)

7. Dezember 2007

Neue Debatte über Aufbau Ost gefordert

Berlin (epd). Über 30 kirchliche Organisationen haben eine neue Grundsatzdebatte über die Entwicklung in Ostdeutschland gefordert. 17 Jahre nach der Wiedervereinigung werde die wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen West und Ost wieder breiter, warnen die Herausgeber des dritten "Jahrbuchs Gerechtigkeit", das am Donnerstag in Berlin an Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) überreicht wurde. Der SPD-Politiker nannte die Publikation einen "Weckruf, über Ostdeutschland nicht länger nur resignativ zu reden".

Unter dem Titel "Zerrissenes Land - Perspektiven der deutschen Einheit" sind in dem Jahrbuch zahlreiche statistische Daten über die Lage in den neuen Bundesländern zusammengetragen. Zwar sei seit der Wiedervereinigung Beachtliches geleistet worden, sagte Mitautor Klaus Heidel von der Heidelberger Werkstatt Ökonomie. Der ostdeutsche Aufholprozess sei jedoch massiv ins Stocken geraten. Zur Überwindung der Unterschiede müssten dringend neue Initiativen her.

Zu den 31 Herausgebern des Jahrbuchs zählen fünf evangelische Landeskirchen, vier Diakonische Werke, die Evangelisch-methodistische Kirche, die Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, Forschungseinrichtungen, Organisationen der Entwicklungshilfe und ökumenische Gruppen.

Das Jahrbuch zeigt ein extremes Gefälle zwischen alten und neuen Bundesländern auf: In Ostdeutschland ist die Arbeitslosenquote trotz Aufschwungs nach wie vor doppelt so hoch wie im Westen. Das gleiche gilt für die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Geburtenrückgang und Wanderungsverluste führen zudem dazu, dass 2020 zwei Drittel der Bevölkerung Rentner sein werden.

Die wirtschaftliche Schieflage zeichnet sich den Angaben zufolge unter anderem dadurch aus, dass die ostdeutsche Nachfrage fast ausschließlich durch westdeutsche Produktion gedeckt wird. Zudem sei die Finanzkraft der Kommunen viel geringer. Besonders dramatisch sei die Verschärfung der regionalen Unterschiede in Ostdeutschland, so Heidel. "Wenige Regionen gehören zu den Gewinnern, viele zu den Verlierern."

Die Berliner Diakonieleitende Susanne Kahl-Passoth forderte eine langfristige Planung von Investitionen und eine angemessene soziale Infrastruktur in den neuen Ländern. Zudem sprach sie sich für eine Halbierung der Mehrwertsteuer für eine begrenzte Zeit im Osten aus. Die Herausgeber mahnen ferner eine Neuorientierung der Transferzahlungen an und schlagen eine übergangsweise Grundsicherung für Zeiten der Nichterwerbstätigkeit vor.

Die Befunde seien zwar zutreffend, so Thierse. "Ich würde jedoch manches anders und behutsamer bewerten." So halte er etwa eine geringere Mehrwertsteuer mittlerweile nicht mehr für machbar. Eine intensive Diskussion über die künftige Ausrichtung von Subventionen und Investitionen sei allerdings dringend notwendig. (14153/6.12.2007)

epd lob fu

Tageszeitungen

Berliner Zeitung

7. Dezember 2007

Druckauflage:
184.700
Reichweite:
471.000

[Artikel nur in der Printausgabe, Grundlage: ddp- und KNA-Meldungen]

Frankfurter Rundschau, Dokumentation

7. Dezember 2007

Druckauflage:
155.000
Reichweite:

"Jahrbuch Gerechtigkeit"

Weil der "Nachbau West" misslungen ist

Der Erfolg ist nicht Wurst (dpa)

Sollen der Riss zwischen West und Ost geschlossen, regionale Disparitäten entschärft und gerechte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden, sind für die neuen Bundesländer und darüber hinaus für ganz Deutschland neue Entwicklungspfade einzuschlagen. Der Versuch eines ostdeutschen "Nachbaues West" musste angesichts des doppelten Umbruchs misslingen. (...) Erforderlich ist die Suche nach neuen Entwicklungspfadern. (...) Schon jetzt bieten sich in den neuen Bundesländern vielfältige "Laborversuche" als Anknüpfungspunkte für allgemeine Lösungen an. Hierbei zeichnen sich drei Kernelemente künftiger Entwicklungsstrategien ab.

Erstens und kurzfristig müssen alle politischen Anstrengungen unternommen werden, um in den neuen Bundesländern ein eigenständiges Wirtschaftswachstum anzustoßen. Voraussetzung ist der Ausstieg aus der Transferökonomie. Dies gelingt nur, wenn die ostdeutsche Produktionslücke geschlossen, wenn also die ostdeutsche Nachfrage weit stärker als bisher mit ostdeutschen Waren und Dienstleistungen befriedigt und zugleich der Export (in die alten Bundesländer und ins Ausland) ausgeweitet wird. Da aber die Märkte gesättigt, besetzt und verteilt sind, sind politische Initiativen erforderlich. Hierzu muss eine (befristete) Privilegierung von Produktion und Dienstleistungen in den neuen Bundesländern gehören. Seit Jahren liegt der Vorschlag auf dem Tisch - und wird unter anderem von Altbundeskanzler Helmut Schmidt unterstützt -, die Mehrwertsteuer für die gesamte Produktion in den neuen Bundesländern für fünfzehn Jahre zu halbieren. (...) Die Nachfrage würde stimuliert, neue Produktion angeregt, und neue Arbeitsplätze würden geschaffen. (...) Erforderlich ist die Ansiedlung von mehr Unternehmen mit Zugang zu überregionalen Märkten, wobei eine weitgehende Verankerung von Wertschöpfungsketten in den neuen Bundesländern angestrebt werden muss.

In diesem Sinne sind wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Initiativen erforderlich, die der Entbettung der ostdeutschen Landwirtschaft (aber auch anderer Produktionsbereiche) aus ihrem regionalen Umfeld entgegenwirken. Ermutigende Beispiele wie das mecklenburgische Stavenhagen (im Nordosten von Neubrandenburg) zeigen, dass es zumindest in Einzelfällen gelingen kann, im Umfeld landwirtschaftlicher Großbetriebe weitere Unternehmen anzusiedeln und auf diese Weise neue regionale Cluster zu schaffen. Ein weiterer Weg zur Stärkung der regionalen Wirtschaft ist die Investition von Gewinnen landwirtschaftlicher Großbetriebe in der

Region etwa in den Aufbau einer lokalen Energiewirtschaft oder in eine lokale Lebensmittelproduktion. (...)

Zu den wirtschaftspolitischen Aufgaben gehört es weiter, den Zugang zu Risikokapital gerade für kleine und innovative Unternehmen zu erleichtern, denn der Markt bietet diesen Zugang nicht von sich aus. Die Exportförderung braucht neue Impulse. (...)

Nicht zuletzt wäre zu prüfen, ob die (befristete) Einrichtung eines Ministeriums für die neuen Bundesländer die Wahrnehmung ostdeutscher Problemlagen und die Suche nach Entwicklungsperspektiven durch politische Entscheidungsinstanzen stärken und einem neuen wirtschaftspolitischen Sonderprogramm "Aufschwung Ost" Nachdruck verleihen könnte. (...)

Zweitens und mit einem mittleren Zeithorizont sind die bereits bestehenden Ansätze einer nachhaltigen Wirtschaft zu stärken, zu vernetzen und zu einem breiten Entwicklungspfad auszubauen. Hierbei könnte Ostdeutschland für ganz Deutschland den Vorreiter spielen. Einerseits sind in den neuen Bundesländern die Zwänge zum Umsteuern besonders deutlich: Die Energie-Infrastruktur muss angesichts des Bevölkerungsrückganges und des Schrumpfens von Städten angepasst werden, und die klamme finanzielle Situation der Kommunen legt ein Ausschöpfen von Energiesparpotenzialen nahe. So kostet der Energie-Import der neuen Bundesländer zwischen 5 und 10 Milliarden Euro jährlich. Andererseits gibt es schon jetzt gute Anknüpfungspunkte für einen nachhaltigen Entwicklungspfad:

- Längst sind Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg Zentren des ökologischen Landbaus geworden. Allerdings zeigt auch der ökologische Landbau zum Teil die Züge einer Entbettung. So ist die Verarbeitung der biologischen Produkte in der Region nicht ausreichend, immerhin gibt es Ansätze.

- Ostdeutschland hat gute Voraussetzungen für die Ausweitung der Entwicklung und der Produktion von Umwelttechnologien wie Solarpaneele, umweltfreundliche Baustoffe oder Wasserstoffgewinnung aus Solar- und Windenergie. Allerdings sind auch in diesem Wirtschaftszweig bisher weniger Arbeitsplätze als in Westdeutschland entstanden, unter anderem deshalb, weil auch hier wieder Unternehmenszentralen in den alten Bundesländern angesiedelt sind.

- Ein weites Feld eröffnet sich hinsichtlich erneuerbarer Energien - von der Wind- und Solarenergie bis hin zur Biomasse. Schon heute sind die neuen Bundesländer der bedeutendste europäische Standort für Biokraftstoffe. Allerdings zeigt gerade diese Produktion ein ökologisches Janusgesicht, ist doch die großflächige Erzeugung von Biomasse als Monokultur ökologisch nicht unproblematisch. (...)

Drittens schließlich ist eine neue Verfassung der Erwerbsarbeit erforderlich (...):

- Die vom Markt erzwungene Verfassung scheidet die unterschiedlichen Arbeitsformen nahezu beziehungslos voneinander. Formelle Erwerbsarbeit, sekundäre Integration in den Arbeitsmarkt, reproduktive und sonstige Familienarbeit, Gemeinwesenarbeit und selbstbestimmte Qualifizierungsarbeit sind nicht nur nahezu nicht miteinander verknüpft, sondern werden auch marktvermittelt gegeneinander ausgespielt. Denn da der Markt lediglich der formellen Erwerbsarbeit Einkommen zuweist und damit eine grundlegende Voraussetzung für eine gesellschaftliche Positionierung schafft, zwingt er andere Arbeitsformen in die Nachrangigkeit. (...)

Die markterzwungene Arbeitsverfassung (...) gewährt in Zeiten umfassender wirtschaftlicher Transformationsprozesse nur einem Teil der Arbeitssuchenden formelle Erwerbsarbeit. Zugleich verhindert sie die Suche nach Wegen zu ihrer Transformation, indem sie nichterwerbsförmiger Arbeit keine Einkommen zuweist. Dieses Dilemma prägt Deutschland wie alle modernen Industriegesellschaften auch; in den neuen Bundesländern ist es unübersehbar. Vor diesem Hintergrund ist eine Verfassung der Erwerbsarbeit erforderlich, die individuelle Phasen unterschiedlicher Arbeitsformen miteinander verknüpft. So können sich selbstbestimmte formelle Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Qualifizierungsarbeit und Gemeinwesenarbeit ablösen, wobei die Zeiten der Nichterwerbsarbeit durch ein bedingtes Grundeinkommen finanziert werden können.

Eine solche Verfassung der Erwerbsarbeit wird sicher nicht kurzfristig gegen den Markt durchgesetzt werden können, doch Zwischenschritte sind schon jetzt möglich. So könnten

zum Beispiel Teilnehmende an Qualifizierungsmaßnahmen oder an Gemeinwesenarbeit einen Zuschlag zum Arbeitslosengeld erhalten. Erwerbstätige, die für ein Jahr von formeller Erwerbsarbeit in Familien-, Gemeinwesen- oder Qualifizierungsarbeit wechseln, könnten ein Lohnersatzeinkommen erhalten, das deutlich über dem Arbeitslosengeld II liegen und soziale Ausgrenzung verhindern müsste.

Der Wechsel in nichterwerbsförmige Arbeit würde gefördert, wenn befristet frei werdende Arbeitsplätze durch Arbeitslose besetzt werden könnten. Hierbei muss das Prinzip der Selbstbestimmung leitend sein: Wer wann in welche Formen von Arbeit wechselt, wer wo welche Qualifizierungsmaßnahmen besucht, darf nicht vom Markt vorgeschrieben oder vom Staat bestimmt werden. (...)

Mit einer solcherart ausreichend alimentierten Rotation zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen könnten zwei Ziele verfolgt werden: Erstens würden auf diese Weise die noch bis 2010 auf den Arbeitsmarkt drängenden geburtenstarken Jahrgänge Ostdeutschlands in den Arbeitsmarkt integriert. Zweitens bietet sich diese Rotation als Experimentierfeld für die Suche nach einer neuen nachhaltigen Arbeitsverfassung an.

Gemeinsam ist diesen drei Entwicklungspfaden, dass sie nur ansatzweise bekannt sind. Wohl tauchen ihre Ziele am Horizont auf, doch die Wegstrecken dorthin sind noch längst nicht erschlossen. In einer solchen Situation sind gesellschaftliche Suchprozesse partizipatorisch zu organisieren und Laborversuche ausreichend zu alimentieren. All dies wird ohne staatliche Unterstützung nicht gelingen. Hierzu aber sind die neuen Bundesländer nicht ausreichend mit finanziellen Ressourcen ausgestattet und von daher auf (westdeutsche) Transferzahlungen angewiesen. Und dies mit Sicherheit auch noch nach 2019. Schon allein deshalb dürfen sie nicht eingestellt werden. Wohl aber müssen ihre Struktur und ihre Zweckbestimmungen so verändert werden, dass sie der Erschließung der Entwicklungspfade dienen.

Das Buch

Mehr als 30 Kirchen, kirchliche Werke und Organisationen setzen die Frage nach der inneren Vollendung der deutschen Einheit wieder auf die Tagesordnung. Sie tun dies mit ihrem (dritten) Jahrbuch Gerechtigkeit, das den Titel "Zerrissenes Land. Perspektiven der deutschen Einheit" trägt.

Im Mittelpunkt des Jahrbuches steht ein kirchlicher Diskussionsbeitrag, der Vorschläge macht, wie die ostdeutsche Wirtschaft und der Arbeitsmarkt entwickelt werden können.

Bestellen können Interessierte das 256-seitige Buch zum Preis von 13,90 Euro im Internet unter www.fr-online.de/shop oder telefonisch unter 01803/866866

junge welt, Berlin

7. Dezember 2007

Druckauflage:

Reichweite:
50.000

Ost-West-Gefälle nimmt weiter zu

Berlin. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) fordert eine Angleichung der Ost-Löhne an das West-Niveau. Die Menschen in den »neuen Bundesländern« verlangten »zu recht« gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, sagte er bei der Vorstellung des »Jahrbuchs Gerechtigkeit« am Donnerstag in Berlin. Dies gelte vor allem für die Privatwirtschaft, schränkte er ein. Im öffentlichen Dienst dagegen gefährde eine zu schnelle Anpassung des Gehaltsniveaus Arbeitsplätze. In seinem »Jahrbuch Gerechtigkeit« mahnt der ökumenische Herausgeberverband aus 31 Kirchen, kirchlichen Werken und Organisationen ein zunehmendes Gefälle zwischen Ost und West an. Zugleich hätten sich die regionalen Ungleichheiten in Ostdeutschland 17 Jahre nach dem Mauerfall wieder verschärft. Nur wenige Regionen zählten zu den Gewinnern, viele zu den Verlierern. Die Verfasser fordern zudem eine verbesserte Grundsicherung für Arbeitslose. Außerdem schlagen sie vor, die

Mehrwertsteuer für Produkte aus dem Osten zu halbieren. (ddp/jW)

Lausitzer Rundschau, Cottbus

7. Dezember 2007

Druckauflage:
127.000
Reichweite:
345.000

Warnung vor Riss durch Deutschland

Kirchen zweifeln am Erfolg des Aufbaus Ost

Aus Sicht der Kirchen droht ein Misslingen des Aufbaus Ost.

Siebzehn Jahre nach der Wiedervereinigung habe der Riss zwischen Ost- und Westdeutschland wieder zu wachsen begonnen, erklärte der badische Historiker Klaus Heidel, der auch Mitglied der EKD-Synode ist, anlässlich der Übergabe des dritten Bandes des von 31 Kirchen, Diakoniewerken und Hilfsorganisationen erarbeiteten „Jahrbuchs Gerechtigkeit“ an Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD). Das „Ausmaß des sozialen und wirtschaftlichen Gefälles zwischen den alten und den neuen Bundesländern“ werde in Politik und Öffentlichkeit zunehmend unterschätzt. Dabei sei die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern immer noch etwa doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Ein Kennzeichen der „wirtschaftlichen Schieflage“ sei, dass die ostdeutschen Länder deutlich mehr Waren und Dienstleistungen aus dem Westen bezögen, als sie dorthin lieferten.

Eine „massive Tendenz zur Verarmung einer größeren Bevölkerungsgruppe“ stellt die Direktorin des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Pfarrerin Susanne Kahl-Passoth, in Ostdeutschland fest. Um damit umgehen zu können, fehle jedoch die nötige Infrastruktur: „Wir haben in der Schuldner- und Insolvenzberatung in den neuen Bundesländern keine vergleichbare Angebotsdichte wie in den alten Bundesländern.“ Ähnlich sei es in der Sozial-, Jugend und Gesundheitsfürsorge. „Und schon seit Jahren liegt der Vorschlag auf dem Tisch, die Mehrwertsteuer für die gesamte Produktion in den neuen Bundesländern für fünfzehn Jahre zu halbieren“, sagte Kahl-Passoth. Ohne ein „neues Kreativpaket“ werde es nicht möglich sein, die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern auf ein „gesamtwirtschaftlich erträgliches Maß“ zu senken. Thierse begrüßte die Vorschläge der Kirchen als „Warnruf“. Auch seinem Eindruck nach habe beim Aufbau Ost eine „ratlose Resignation“ in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft eingesetzt.

von Benjamin Lassie

Sächsische Zeitung, Dresden

7. Dezember 2007

Druckauflage:
290.000
Reichweite:

Kirchenkreis will Ost-West-Kluft überwinden

Berlin. Mehr als 30 kirchliche Organisationen und Dienste haben neue Initiativen zur „Überwindung des Risses zwischen West- und Ostdeutschland“ angemahnt. 17 Jahre nach der Wiedervereinigung werde die wirtschaftliche und soziale Kluft wieder breiter, warnen die Herausgeber des dritten „Jahrbuchs Gerechtigkeit“, das sie gestern an Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) überreichten.

Der SPD-Politiker nannte die Publikation einen „Weckruf, über Ostdeutschland nicht länger

nur resignativ zu reden“. Unter dem Titel „Zerrissenes Land – Perspektiven der deutschen Einheit“ sind in dem Jahrbuch zahlreiche statistische Daten über die Lage in den neuen Bundesländern zusammengetragen. Die Autoren wollen mit ihrem Band eine innerkirchliche Diskussion über die künftige Ausrichtung des Aufbaus Ost unter der Perspektive der Gerechtigkeit anstoßen.

Zu den Herausgebern des Jahrbuchs zählen fünf evangelische Landeskirchen, vier Diakonische Werke, Freikirchen, die Katholische Arbeitnehmerbewegung und ökumenische Gruppen. (SZ/ph)

Tagesspiegel, Berlin

6. Dezember 2007

Druckauflage:
140.000
Reichweite:

[Vorbemerkung: Grundlage des Artikels war ein kurzes Telefongespräch des Journalisten mit Klaus Heidel, das nicht den Charakter eines Interviews trug. Vielmehr erweckte der Journalist den Eindruck, er wolle einige Informationen erhalten, um danach zu entscheiden, ob er zur Pressekonferenz kommen wolle oder nicht. Am Ende des kurzen Gesprächs stellte er die beiläufige Frage, ob denn die Herausgeber wüssten, dass das Netzwerk Ostdeutschlandforschung der Linkspartei nahe stehe. Hierauf erwiderte Heidel knapp, die Herausgeber hätten eine eventuelle Parteinähe einzelner Mitglieder des Netzwerkes diskutiert und seien dabei zur Auffassung gekommen, dass nicht eine eventuelle Parteinähe entscheidend sei, sondern die Qualität einer Analyse. Dass der Journalist dann dem Artikel diese parteipolitische Zuspitzung verpasste, erstaunt auch deshalb, weil sich erst vor kurzem Andreas Willisch – Vorstandsvorsitzender des Thünen-Institutes, das zum Netzwerk Ostdeutschlandforschung gehört, und Autor eines Zwischenrufes im Jahrbuch – dem Journalisten mit Nachdruck unterstrichen hat, dass die unterstellte Nähe des Netzwerkes zur Linkspartei unzutreffend sei.]

Diagnose großer Riss

Kirchen analysieren das Ost-West-Problem – und nehmen Anleihen bei Linken

Berlin - Die Kirchen sind über den Riss alarmiert, der durch Deutschland geht. Das jedenfalls legt ein Buch nahe, das von einem Herausgeberkreis aus 31 Kirchen, kirchlichen Werken, Diensten und Organisationen, vorwiegend evangelischen, an diesem Donnerstag in Berlin vorgelegt wird. Der Befund ist zunächst nicht ganz neu: Nach 17 Jahren sei die Kluft zwischen West- und Ostdeutschland nicht geschlossen, sondern sie sei größer geworden. Die Ungleichheiten in den neuen Ländern hätten sich verschärft, wenige Regionen zählten zu den Gewinnern, viele zu den Verlierern.

Doch die Schlussfolgerungen, die die Herausgeber des nunmehr dritten „Jahrbuches Gerechtigkeit“ unter dem diesjährigen Titel „Zerrissenes Land – Perspektiven der deutschen Einheit“ daraus ziehen, weichen deutlich ab vom politischen Aufbau-Ost-Mainstream etwa nach Lesart des zuständigen Bundesministers Wolfgang Tiefensee.

„Der Nachbau West hat im Osten nicht funktioniert“, sagt Klaus Heidel von der „Werkstatt Ökonomie“ Heidelberg, einer der beiden Geschäftsführer des Jahrbuches. So habe der bisherige Kurs zu einer „fragmentarischen Entwicklung“ geführt: Einige Agrarbetriebe in Mecklenburg- Vorpommern hätten höchste Produktivitäts- und Renditeraten, aber die Dörfer hätten nichts davon. Die Wertschöpfungsketten seien nicht mehr regional verankert. Ähnliches lasse sich bei großen Industrieansiedlungen beobachten – die viel gepriesenen Leuchttürme strahlten nicht auf ihre Umgebung ab. Der Gegensatz zwischen Wachstumskernen und abgehängten Regionen werde größer.

Als „Entwicklungspfade“, wie sie Heidel nennt, schlägt das Jahrbuch die Förderung der unmittelbaren Produktion in den neuen Bundesländern etwa durch eine Halbierung des Mehrwertsteuersatzes vor – eine Idee, mit der schon vor längerer Zeit Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) auf wenig Gegenliebe bei den aktiven Politikern stieß. Gestärkt

werden müsse auch eine nachhaltige Produktionsweise durch einfacheren Zugang zu Krediten für ökologisch-innovative Unternehmen, die nicht sofort für hohe Renditen garantieren könnten. Schließlich müsse ein „Umbau der Erwerbsarbeit“ ausreichend finanziell abgesichert werden. Dabei gehe es um Familienarbeit und unterschiedliche Weiterbildungsformen.

Wie weit der „Riss“ auch durch die Kirchen geht, erfuhren die Herausgeber des Bandes ganz praktisch. Eigentlich wollten sie nur auf kirchliche Quellen und Autoren zurückgreifen. Doch sie mussten feststellen, dass – ähnlich dem drastischen Gefälle in der Kirchensteuerstatistik – auch das geistig-wissenschaftliche Potenzial zu diesem Thema in östlichen Kirchenkreisen unterentwickelt ist. So fanden sie schließlich als Partner das „Netzwerk Ostdeutschland“, einen Verbund von Forschungseinrichtungen und anderen Institutionen, die sich auf Analysen und Studien zu den Entwicklungen in den neuen Bundesländern spezialisiert haben. Den kirchlichen Herausgebern imponierte deren Herangehensweise, den Osten als innovativen Modellfall für Gesamtdeutschland zu betrachten.

Dass das Netzwerk eine Nähe zur Linkspartei hat und in ihm ehemalige SED-Genossen und Dozenten gesellschaftswissenschaftlicher DDR-Institutionen agieren, sei den Herausgebern bewusst gewesen, sagt Heidel. Darüber sei intern durchaus debattiert worden. Schließlich habe bis vor kurzem innerhalb der Kirche alles, was von der PDS kam, als indiskutabel gegolten. Doch gehe es darum, interessanten alternativen Ansätzen zu gebührender Publizität zu verhelfen. Da sei man in der Lage, sachlich Vernünftiges von Ideologischem zu trennen. Ob das Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), dem der Band an diesem Donnerstag überreicht werden soll, auch so sieht? Immerhin findet er als Autoren mit Edelbert Richter und Detlef Hensche zwei ehemalige SPD-Weggefährten wieder, die unter Protest die Partei verlassen haben und sich nun für die Linkspartei engagieren.

Matthias Schlegel

Thüringer Allgemeine, Erfurt

7. Dezember 2007

Druckauflage:
220.000
Reichweite:

Thierse: Gerechtigkeitsriss zwischen Ost und West

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse fordert eine Konferenz von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und Politik über neue Initiativen für den Aufholprozess Ostdeutschlands. Der Riss zwischen Ost und West werde breiter.

BERLIN. In ihrem dritten Jahrbuch Gerechtigkeit haben 31 kirchliche Organisationen als Herausgeber festgestellt, dass der Riss zwischen Ost- und Westdeutschland wieder breiter wird. In verschiedenen Beiträgen kommen die über 20 Autoren zu der Auffassung, dass eine Fortsetzung des Versuchs, das Wirtschaftswunder der Bundesrepublik in Ostdeutschland nachzuholen, gescheitert ist.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) forderte bei der Buchpremiere deshalb eine Konferenz aller gesellschaftlichen Kräfte, aber besonders der Arbeitgeber, um neue Wege zu finden. Weiter sprach sich der SPD-Politiker für eine Angleichung der Löhne in Ost und West vor allem in der Privatwirtschaft aus, während das im öffentlichen Dienst Arbeitsplätze gefährden würde.

In dem Bericht wird auch bemängelt, dass die Wertschöpfungskette meist nicht in den neuen Ländern ende. So gehöre Mecklenburg-Vorpommern zu den modernsten Agrar-Regionen des Kontinents, aber sowohl die Veredlungsindustrie als auch die Gewinnquellen wären irgendwo in Europa angesiedelt. Genauso verhalte es sich mit der modernsten Computerefertigung des Kontinents in Sömmerda.

Kirchengebetspresse

Die Kirche

Evangelische Wochenzeitung für Berlin, Brandenburg und schlesische Oberlausitz
16. Dezember 2007

Druckauflage:
11.500
Reichweite:

Zerrissenes Land.

Der Erfolg des Aufbaus Ost gerät in Gefahr, meinen die Autoren des „Jahrbuchs Gerechtigkeit“

[Der von Benjamin Lassewi verfasste vierspaltige Artikel auf Seite 2 ist eine ausführliche Fassung des in der Lausitzer Rundschau erschienenen Artikels.]

Hörfunk

domradio, Köln

6. Dezember 2007

Reichweite:
60.000 (2004)

Soziale Kluft

Kirchliche Organisationen fordern neue Debatte über Aufbau Ost

Über 30 kirchliche Organisationen haben eine neue Grundsatzdebatte über die Entwicklung in Ostdeutschland gefordert. 17 Jahre nach der Wiedervereinigung werde die wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen West und Ost wieder breiter, warnen die Herausgeber des dritten "Jahrbuchs Gerechtigkeit", das am Donnerstag in Berlin an Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) überreicht wurde.

Der SPD-Politiker nannte die Publikation einen "Weckruf, über Ostdeutschland nicht länger nur resignativ zu reden". Unter dem Titel "Zerrissenes Land - Perspektiven der deutschen Einheit" sind in dem Jahrbuch zahlreiche statistische Daten über die Lage in den neuen Bundesländern zusammengetragen. Zwar sei seit der Wiedervereinigung Beachtliches geleistet worden, sagte Mitautor Klaus Heidel von der Heidelberger Werkstatt Ökonomie. Der ostdeutsche Aufholprozess sei jedoch massiv ins Stocken geraten. Zur Überwindung der Unterschiede müssten dringend neue Initiativen her. "Wir brauchen einen Kapitaltransfer, der eine eigenständige Entwicklung im Osten unterstützt", sagt Dr. Thomas Posern vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung im domradio - Interview. "Die Haupt-Dinge, die wir tun können, bewegen sich auf einer wirtschafts-politischen Ebene."

Zu den 31 Herausgebern des Jahrbuchs zählen fünf evangelische Landeskirchen, vier Diakonische Werke, die Evangelisch-methodistische Kirche, die Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, Forschungseinrichtungen, Organisationen der Entwicklungshilfe und ökumenische Gruppen.

Das Jahrbuch zeigt ein extremes Gefälle zwischen alten und neuen Bundesländern auf: In Ostdeutschland ist die Arbeitslosenquote trotz Aufschwungs nach wie vor doppelt so hoch wie im Westen. Das gleiche gilt für die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Geburtenrückgang und Wanderungsverluste führen zudem dazu, dass 2020 zwei Drittel der Bevölkerung Rentner sein werden.

Die wirtschaftliche Schieflage zeichnet sich den Angaben zufolge unter anderem dadurch aus, dass die ostdeutsche Nachfrage fast ausschließlich durch westdeutsche Produktion gedeckt wird. Zudem sei die Finanzkraft der Kommunen viel geringer. Besonders dramatisch sei die Verschärfung der regionalen Unterschiede in Ostdeutschland, so Heidel. "Wenige Regionen gehören zu den Gewinnern, viele zu den Verlierern."

Die Berliner Diakonieleitende Susanne Kahl-Passoth forderte eine langfristige Planung von Investitionen und eine angemessene soziale Infrastruktur in den neuen Ländern. Zudem sprach sie sich für eine Halbierung der Mehrwertsteuer für eine begrenzte Zeit im Osten aus.

Die Herausgeber mahnen ferner eine Neuorientierung der Transferzahlungen an und schlagen eine übergangsweise Grundsicherung für Zeiten der Nichterwerbstätigkeit vor.

Die Befunde seien zwar zutreffend, so Thierse. "Ich würde jedoch manches anders und behutsamer bewerten." So halte er etwa eine geringere Mehrwertsteuer mittlerweile nicht mehr für machbar. Eine intensive Diskussion über die künftige Ausrichtung von Subventionen und Investitionen sei allerdings dringend notwendig.

Saarländischer Rundfunk

6. Dezember 2007, 14.00 Uhr (Nachrichten)

Reichweite:

Berlin: Thierse fordert Angleichung der Ost-Löhne

Bundestagsvizepräsident Thierse hat eine Angleichung der Ost-Löhne ans West - Niveau gefordert.

Der SPD-Politiker sagte bei der Vorstellung des ökumenischen "Jahrbuchs Gerechtigkeit", die Menschen in den neuen Bundesländern verlangten zurecht gleiche Bezahlung für gleiche Leistung. Dies gelte vor allem für die Privatwirtschaft. Über 30 kirchliche Organisationen kritisierten in dem Jahrbuch ein zunehmendes Gefälle zwischen West und Ost. Nur wenige Regionen im Osten zählten zu den Gewinnern, viele zu den Verlierern.

Internet

Hinweise auf das Jahrbuch Gerechtigkeit III finden sich auf folgenden Websites:

www.dicv-limburg.de/10717.asp?detail=1&id=14791&area=dicvlim&order=datum&pageNr=1

Diözesan-Caritasverband Limburg (Ankündigung der Pressekonferenz in Berlin)

www.diakonie.de/de/html/aktuelles/3043_5562.html

Diakonisches Werk der EKD (epd-Meldung über Pressekonferenz am 6. Dezember 2007)

www.woek.de

Werkstatt Ökonomie (Projektseite Jahrbuch Gerechtigkeit)

